

Antrag KomE 01: Starke Kommunen, starkes Bayern. Zukunft und Zusammenhalt entstehen vor Ort

Laufende Nummer: 116

Antragsteller*in:	SPD Landesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	KomE - Kommunale Eckpunkte

1 Ob Bayreuth oder München, Augsburg oder Miltenberg, Miesbach oder Regensburg,
2 Erlangen oder Frontenhausen: Unsere Kommunen, Städte, Märkte, Gemeinden und
3 Landkreise sind die Basis unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Dort kommen
4 Menschen zusammen, leben miteinander, arbeiten, gehen zur Schule, studieren, gründen
5 Familien, engagieren sich in Vereinen, besuchen Kultur- und Freizeitveranstaltungen.
6 Dort erleben sie, ob Verwaltung effizient funktioniert, ob Staat und Politik in der
7 Lage sind, ihre Probleme zu lösen und Zukunft zu gestalten.

8 Derzeit erleben Menschen aber an zu vielen Stellen, dass Kommunen so nicht mehr
9 funktionieren. Denn unsere Kommunen, auch in Bayern, bluten aus. Sie übernehmen einen
10 Großteil staatlicher Aufgaben, erhalten aber nur einen kleinen Anteil staatlicher
11 Einnahmen. Hinzu kommen steigende Baukosten sowie gestiegene Personalkosten und
12 soziale Bedarfe. Die Kommunen haben kaum noch Handlungsspielräume, müssen sogenannte
13 "freiwillige Leistungen" massiv kürzen, Angebote der Kommunen ebenso einschränken wie
14 die Förderungen des ehrenamtlichen Engagements. Kommunale Gebäude und Infrastruktur,
15 Schulen, KiTas, Rathäuser, Straßen, Freibäder, Sportanlagen und vieles mehr sind
16 vielfach baufällig und die Kommunen finanziell nicht mehr in der Lage, diese zu
17 sanieren. Den Herausforderungen, die demographischer Wandel, die Klimawandel und -
18 anpassung, die eine sich ausdifferenzierende, vielfältiger werdende Gesellschaft, die
19 Digitalisierung an kommunales Handeln stellen, können die meisten Kommunen aus
20 finanziellen Gründen nicht einmal im Ansatz gerecht werden. Wachsende bürokratische
21 Auflagen erschweren ihnen das Leben zusätzlich.

22 Das kann, das darf nicht so bleiben. Denn das Ausbluten unserer Kommunen gefährdet
23 den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit unsere Demokratie. Dort, wo Menschen
24 erleben müssen, dass der Staat nicht mehr für sie sorgt, wo all die Angebote fehlen,
25 für die Kommunen eigentlich sorgen: dort finden Rechtsextremist:innen, finden
26 Demokratiefeind:innen die Angriffspunkte für ihre Argumentation, können mit ihrer
27 Propaganda verfangen, gewinnen Wähler:innen.

28 Wir stehen deshalb für eine grundlegende Wende gegenüber unseren Kommunen. Wir stehen
29 für mehr Investitionen in Wohnraum und soziale Infrastruktur, mehr Handlungsfähigkeit
30 der Verwaltung, mehr demokratische Beteiligung und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort.
31 Wir streiten für eine kommunalfreundliche Politik im Bund und im Land, für eine
32 grundlegende Reform der Kommunalfinanzen und dafür, dass alle Aufgaben, die Bund und
33 Land den Kommunen übertragen, auch von diesen Ebenen finanziert werden müssen. Wir
34 streiten dafür, die Kommunen aus dem Klammergriff der Staatsregierung zu lösen, die
35 immer unverhohlener in kommunale Gestaltungshoheit und ihr Selbstverwaltungsrecht
36 hineinregiert und gute Lösungen, die vor Ort gefunden werden, torpediert. Und wir
37 treten bei den Kommunalwahlen 2026 an, um überall in Bayern Mehrheiten für eine

solidarische, auf Zukunft und Zusammenhalt ausgerichtete Politik zu gewinnen. Für eine Politik, die unsere Gesellschaft zusammenführt und nicht spaltet.

1. Daseinsvorsorge. Der Mensch als Maß der Dinge.

Man kann „das Land nur am Laufen halten“, wenn man selbst den Rücken frei hat, die vor einem liegenden Aufgaben anzugehen. Auf die Arbeit kann man sich beispielsweise nur dann gut konzentrieren, wenn man sich sicher ist, dass die Kinder in KiTa oder Schule gut aufgehoben sind, sich jemand um die kranken oder älteren Familienmitglieder kümmert.

Einen wesentlichen Teil der sozialen Infrastruktur, die dafür notwendig ist, organisieren Kommunen, teils selbst, teils mit Träger:innen: KiTas und Schulen, Pflegeheime und Krankenhäuser, den öffentlichen Nahverkehr und vieles mehr. Das ist auch gut so, denn vor Ort, in den Kommunen, gemeinsam mit den Bürger:innen, kann am besten entschieden werden, welche soziale Infrastruktur notwendig ist und wie diese am besten ausgestaltet wird.

Genauso sind es vor allem die Kommunen, die Straßen, Geh- und Radwege bauen, lebendige Plätze, Innenstädte und Ortskerne schaffen, an denen Menschen gerne zusammenkommen. Und es sind gerade die Kommunen, die vor der Herausforderung stehen, den öffentlichen Raum an die Folgen des Klimawandels anzupassen: Damit Städte, Märkte und Gemeinden und ihr öffentlicher Raum auch in Zukunft hohe Lebensqualität haben.

Bei all diesen Aufgaben stehen die Kommunen unter Druck: Finanziell, aber auch, weil der Freistaat ihnen zu wenig Freiräume lässt, diese Herausforderungen zu gestalten - und im Gegenteil noch die Aufgaben, die er selbst in diesen Feldern hätte, auf die Kommunen abwälzt.

Die Kommunen, sozialdemokratisch geführte zumal, sind bereit, für flächendeckende, bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote zu sorgen. Dafür muss aber das BayKiBiG so überarbeitet werden, dass die Einrichtungen wieder auskömmlich finanziert sind, individuelle Förderung betreiben und die notwendigen Rücklagen für Gebäudeunterhalt und -instandsetzung bilden können. Für die Ganztagsbildung und -betreuung der Schulkinder müssen die Kommunen verlässlich auch die Schulen einbinden können, sie brauchen die Steuerungshoheit über das Angebot vor Ort. Die vom Ministerium geschaffenen bürokratischen Regelungen, die gute Ganztagslösungen verhindern, müssen beseitigt werden (z.B. das Verbot von Mittagsbetreuung parallel zu offenen Ganztagsangeboten, selbst wenn letztere nicht bedarfsdeckend sind), und positiv evaluierte kooperative Formen dürfen nicht kaputtgespart werden. Ebenso steht der Freistaat in der Pflicht, seinen Aufgaben als Schulträger nachzukommen und diese nicht auf die Kommunen abzuwälzen. Dies gilt von der Beschaffung von Lehrerdienstgeräten, bei der Organisation von Ferienangeboten im Ganztags bis zur Bereitstellung von ausreichend Personal für individuelle Förderung und Jugendsozialarbeit an jeder Schule. Wenn der Freistaat hier endlich seiner Verantwortung gerecht wird, schafft dies für die Kommunen die Freiräume, Bildung und Betreuung für alle zu gestalten.

Ebenso nötig ist der weitere Ausbau von Pflege- und Gesundheitsinfrastruktur. Dazu gehört die Gewährleistung von Beratungsangeboten genauso wie die Förderung eigener Pflegestützpunkte in jedem Landkreis, aber auch eine umfassende, wohnortnahe

Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin, ambulanter und stationärer Pflege sowie bedarfsgerecht mehr Hospize. Die Krankenhaus- und Ärzteversorgung muss flächendeckend sichergestellt sein - dafür muss der Freistaat endlich seinen Aufgaben bei Krankenhausplanung und -finanzierung nachkommen und auf die ärztliche Versorgung in der Fläche Einfluss nehmen. Die Kommunen – auch die Bezirke – müssen von den Millionendefiziten ihrer Krankenhäuser entlastet werden.

Die Städte und Gemeinden stehen zusätzlich vor der Herausforderung, den öffentlichen Raum und das Wohnumfeld ihrer Bürger*innen an den fortschreitenden Klimawandel anzupassen und gleichzeitig ihre Möglichkeiten wahrzunehmen, Klimaneutralität vor Ort zu erreichen. Obwohl als „freiwillige Leistung“ deklariert, sind Klimaschutz und -anpassung dies eben nicht, sondern zwingende Maßnahmen, um die Lebensqualität in den Orten zu sichern – und das für alle und nicht nur für diejenigen, die sich Hitzeschutz am eigenen Gebäude leisten können. Hier müssen unter anderem die Städtebauförderung auf die Entwicklung klimaangepasster, lebenswerter Orte ausgerichtet werden und die Wohnraumförderung Klimaneutralität und Hitzeschutz mit in den Fokus nehmen. Auch hier benötigen die Kommunen mehr Flexibilität statt starrer Programmvorgaben, die Eigenanteile müssen auf ein Minimum beschränkt werden. So können die Kommunen gemeinsam mit den Bürger:innen die besten Lösungen vor Ort entwickeln.

2. „Freiwillige Leistungen“: Kein „Nice to have“, sondern der Wesenskern von Kommunen

Vereinshäuser, Stadtteiltreffs, Kulturzentren, Jugendclubs, Bildungs- und Integrationsangebote, Sportanlagen, Schwimmbäder, Theater, Museen und vieles mehr, was als „freiwillige Leistung“ eingestuft wird und in Zeiten knapper Kassen als erstes gestrichen werden muss: Das ist kein Nice to have der Kommunen. Sondern es ist deren zentrale Aufgabe, gar deren Verfassungsauftrag. Denn Kommunen sind dafür da, das Zusammenleben von Menschen zu gestalten. Dazu gehören Orte, wo Menschen zusammenkommen.

Und von diesen braucht unsere Gesellschaft gerade nicht weniger, sondern mehr. Die zunehmende Vielfalt, die zunehmende Trennung und Polarisierung zwischen sozialen Schichten, Folgewirkungen von demographischem Wandel und Digitalisierung: Sie erfordern mehr Orte, an denen Menschen zusammenkommen. Die weltweiten Dauerkrisen setzen Menschen sozial, psychisch und materiell unter Stress, deshalb ist nicht weniger, sondern mehr an Beratung, Unterstützung und Begleitung erforderlich - durch aktive Jugendhilfe, Förderung der psychischen Gesundheit, Prävention auf allen Ebenen, inklusive Bildungsangebote und Orte der lebenslangen Bildung und Teilhabe. Diese vielgestaltige Angebotslandschaft der Integration, Begleitung und Förderung stellt das Bindegewebe der Gesellschaft dar. Die Trägerlandschaft ist oftmals prekär finanziert. Wenn kommunale Finanzanteile wegfallen, brechen wertvolle Strukturen der sozialen Infrastruktur zusammen. Gleichzeitig verringern die steigenden Anforderungen, denen Menschen in Beruf und Familie ausgesetzt sind, die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement, vor allem langfristig und in großem Umfang. Kommunen müssen daher mehr Unterstützungsangebote schaffen, damit kurzfristiges, projektbezogenes Engagement von Menschen durch langfristig gesicherte Strukturen möglich gemacht wird. Durch das Schrumpfen der Kirchen wird soziale Infrastruktur

aufgegeben, die bisher von diesen getragen wurde – gerade im ländlichen Raum, wo die Kirchen einen besonders großen Anteil an diesen Angeboten gestellt haben, stellt diese Entwicklung Kommunen vor zusätzliche Herausforderungen.

Kommunen brauchen daher die finanziellen Spielräume, um soziale Infrastruktur anbieten zu können. Und sie brauchen die Freiräume und das Vertrauen der Landespolitik, dass sie selbst in der Lage sind, vor Ort im Austausch mit den Bürger:innen zu entscheiden, welche Angebote die richtigen und notwendigen sind, um sozialen Zusammenhalt zu sichern: Ob die Gemeinde sie selbst anbietet oder Vereine oder Organisationen fördert; ob es das Theater, das Museum oder der Musikverein ist, Jugendclub oder Freizeitanlage, Fußballplatz oder Freibad. Am besten wissen die Menschen vor Ort, was richtig und wichtig für sie ist.

3. Wohnen? Dauerhaft bezahlbar und sicher.

Bayern steuert auf eine dramatische Wohnungskrise zu. Die staatliche BayernHeim GmbH hat die Ziele der Staatsregierung massiv verfehlt. Der Förderstopp, den der Freistaat faktisch verhängt hat, gefährdet überall in den Kommunen und bei den kommunalen und sozial orientierten Wohnungsbauunternehmen Vorhaben des geförderten Wohnungsbaus. Diese sind es aber, die bezahlbares Wohnen gerade für die sichern, die das Land am Laufen halten.

Daher muss die Wohnraumförderung massiv aufgestockt werden. Und sie muss sich darauf konzentrieren, den Wohnraum zu fördern, bei dem die Bezahlbarkeit auch dauerhaft gesichert ist. Daher müssen die Bindungsfristen der Wohnraumförderung mindestens auf die erwartete Lebensdauer der Wohngebäude erweitert werden. Die Kommunen müssen gleichzeitig Möglichkeiten bekommen, Grundstücke dauerhaft für geförderten Wohnungsbau zu sichern, auch über die Lebensdauer einzelner Wohngebäude hinaus.

Die Rückzahlungen aus staatlichen Wohnungsbaudarlehen müssen 1:1 wieder in neuen, sozialen Wohnraum investiert werden. Die Gelder des Bundes für soziale Wohnraumförderung muss die Staatsregierung ausschließlich für neue geförderte Wohnungen oder entsprechende Belegungsbindungen reservieren. Der Freistaat muss geeignete Gebäude und Grundstücke für die Nachverdichtung in angespannten Wohnungsmärkten zur Verfügung stellen. In Absprache mit den Kommunen sollen Pläne für günstige Werkwohnungen entstehen und umgesetzt werden.

Eine umfassende Reform des Baurechts muss Neubau bezahlbarer machen und gleichzeitig den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, das Wohnungsangebot nach dem Bedarf vor Ort zu steuern. Die Bundesregierung hat hier angetrieben durch die SPD erste sinnvolle Vorschläge vorgelegt. Der Freistaat ist gefordert, hier nachzuziehen, statt durch in Schnellschüssen durchgedrückte vorgebliche "Bürokratieabbaugesetze" für immer mehr Wirrwarr in der Bauordnung zu sorgen und die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen, für bezahlbares, ökologisches und gesellschaftlich verantwortliches Bauen zu sorgen, immer weiter zu beschneiden.

Wir wollen aber nicht nur neue Wohnungen bauen, sondern auch den Bestand schützen. Die Mietpreisbremse muss weiter nachgeschärft werden, um in den Kommunen mehr Zeit für die Schaffung weiteren Wohnraums zu geben. Kommunen sollen dabei in Zusammenarbeit mit dem Freistaat eine Quote für den geförderten Wohnungsbau festlegen und bei der Erreichung dieser Zielvereinbarung finanziell von Bund und Freistaat

unterstützt werden. Diese soll insbesondere für preiswerten Wohnraum für Azubis, Studierende und junge Menschen, aber auch große Familien, Senior:innen sowie Mehrgenerationenwohnprojekte gelten.

Wir wollen die Vorkaufsrechte im Baugesetzbuch so reformieren, dass die Kommunen sie wieder wirksam ausüben können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die Immobilien künftig an eigene kommunale Wohnungsgesellschaften oder Genossenschaften übertragen bzw. verkaufen können. Dadurch wird es möglich, dass günstiger Wohnraum gesichert wird. Ebenso fordern wir den Freistaat auf, das Zweckentfremdungsgesetz nachzubessern, damit Kommunen einfacher, schneller und klarer gegen den Missbrauch von Wohnraum vorgehen können.

Grund und Boden darf nicht Gegenstand von Investmentspekulationen sein. Durch die Grundsteuer C auf baureife brachliegende Grundstücke muss den Gemeinden auch in Bayern ermöglicht werden, Bauland zu mobilisieren und Spekulation mit Grundstücken zu verhindern.

Ergänzend dazu muss den Kommunen eine Möglichkeit gegeben werden, durch die Erhebung eines Planungswertausgleichs Bodenwertgewinne, die durch kommunale Baurechts- und Erschließungsmaßnahmen zustandekommen, anteilig abzuschöpfen und wiederum in die Schaffung von sozialer und verkehrlicher Infrastruktur fließen zu lassen.

4. Von A nach B? Wir finden einen Weg.

Der öffentliche Verkehr in Bayern muss barrierefrei, bezahlbarer, umweltfreundlicher und digitaler werden. Mit dem Deutschlandticket ist ein Schritt hin zur Bezahlbarkeit getan. Aber es bleibt noch viel Raum für Verbesserung. So sollten Fahrkarten für Schüler:innen vom Freistaat für alle unabhängig von der Länge des Schulwegs finanziert werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass jeder Ort mindestens einmal pro Stunde mit Bahn oder Bus angeschlossen ist. Ob Bahn, Bus oder Ruftaxi richtet sich nach Größe und Bedarf. Aus jeder Gemeinde muss es mindestens alle zwei Stunden eine Verbindung zu einem Regionalbahnhof geben. Die Kommunen, hier insbesondere die Landkreise und kreisfreien Städte müssen die finanziellen Möglichkeiten haben, um diese Angebote entsprechend des Bedarfs vor Ort zu schaffen. Gleichzeitig muss es einfachere Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit und Abstimmung geben, denn der Bedarf an gutem ÖPNV endet nicht an Landkreisgrenzen.

Wir wollen, dass die Bayerische Eisenbahngesellschaft zu einer Mobilitätsgesellschaft weiterentwickelt wird, die die Kommunen bei der Errichtung von Expressbus- oder Ruftaxilinien zwischen den Kommunen und der Erneuerung stillgelegter und Entwicklung neuer Bahnlinien unterstützt. Dazu ist der Freistaat bereits jetzt in der Lage, setzt es aber nicht um. Durch das Investitionspaket der Bundesregierung für Infrastruktur wollen wir die Finanzierung der Erneuerung der Infrastruktur sicherstellen.

Für den Radverkehr drängen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf ein bayerisches Radwegegesetz, damit die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Planung und Ausbau von Radschnellwegen verbessert werden.

5. Mehr Geld in der Tasche. Mehr Rechte. Sichere Arbeitsplätze.

Die stetige Veränderung der Arbeitswelt stellt uns vor große Herausforderungen, bietet aber auch Möglichkeiten. Es liegt an uns, die Chancen zu nutzen, die uns die offenen Diskussionen um Ausbildung, Arbeitszeit, Flexibilisierung der Arbeit und des Arbeitsortes bieten und darauf hinzuwirken, Arbeit und berufliche Bildung gerecht zu gestalten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards bei allen öffentlichen Auftragsverfahren gelten müssen. Darum setzen wir uns für ein bayerisches Tariftreuegesetz ein, das eine Verbesserung der Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei allen Ausschreibungen in Bayern und seinen Kommunen, die aus Steuergeldern finanziert werden, im Vergleich zu heute verbessert. Wir fordern den Bund und den Freistaat dazu auf, die Kommunen mit den finanziellen Mitteln auszustatten, damit diese ihre Aufgaben entsprechend erfüllen können. Bis der Freistaat seiner Aufgabe nachkommt und ein Tariftreuegesetz und dessen Kriterien für öffentlich Ausschreibungen verbindlich verabschiedet, wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Kommunen Vergaberichtlinien beschließen, die entsprechende Standards in den jeweiligen Kommunen bei Vergaben verbindlich vorschreiben.

Gute Arbeitsbedingungen enden für uns aber nicht bei guter Bezahlung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in angemessener Zahl mit Sitz und Stimme im Verwaltungsrat ihrer Kommunalunternehmen vertreten sind. Dafür wollen wir die bayerische Verordnung für Kommunalunternehmen so anpassen, dass die Mitbestimmungsgesetze des Bundes auch für diese gelten.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern hängt stark von der energie- und klimapolitischen Entwicklung sowie der Sicherheit in der Energieversorgung ab. Hier spielen unsere Kommunen und ihre kommunalen Energierunternehmen eine wichtige Rolle. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Kommunen dabei unterstützen, erneuerbare Energien, die vor Ort produziert werden, stärker zu fördern. Hierdurch werden günstiger Strom und gute Arbeitsplätze vor Ort langfristig gesichert.

Außerdem fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass die bayerische Staatsregierung die finanzielle und personelle Ausstattung des jeweiligen Regionalmanagements ausweitet, damit die Aufgaben zur Stärkung der regionalen Standorte durch Digitalisierung, Förderprogramme, Ansiedlungsstrategien u.a. erfüllt werden können. Das schafft gute Arbeitsplätze, finanzielle Einnahmen und mehr Planungssicherheit für die Kommunen. Durch eine Digitalisierung von Prozessen entlang des Bedarfs der Bürger*innen werden die kommunalen Verwaltungen entlastet, die die Anliegen der Menschen schneller bearbeiten und die Strukturen transparenter.

6. Die Finanzkraft der Kommunen stärken

Damit die Kommunen all ihren Aufgaben gerecht werden, brauchen sie eine bessere Finanzausstattung. Es kann langfristig nicht funktionieren, dass die Kommunen ein Viertel der staatlichen Aufgaben organisieren, aber nur ein Siebtel der staatlichen Einnahmen erhalten.

Hinzu kommt speziell in Bayern, dass der Freistaat immer stärker und willkürlicher in die kommunale Finanzautonomie eingreift: Das gilt für die Erhebung von Steuern –

263 Kommunen sollen ohne Bevormundung durch die Staatsregierung entscheiden können, ob
264 sie eine Verpackungs- oder Übernachtungssteuer einführen – oder z.B. auch für die
265 Höhe der Parkgebühren (für E- oder andere PKW).

266 Kurzfristig fordern wir daher die deutliche Erhöhung der Mittel im kommunalen
267 Finanzausgleich durch den Freistaat. Unsere Landtagsfraktion hat dies bereits
268 mehrfach im Landtag beantragt, ist aber bisher an der kommunalfeindlichen Haltung von
269 CSU und FW gescheitert. Auch muss der Freistaat seinen Beitrag zu einer auskömmlichen
270 Finanzierung der Bezirke leisten. Deren steigenden Hebesätze bringen die kommunalen
271 Haushalte mehr und mehr an den Rand der Genehmigungsfähigkeit.

272 Im Bund hat die SPD dafür gesorgt, dass ein großer Teil des Sondervermögens für
273 Länder und Kommunen bereitsteht. Der Freistaat muss dafür sorgen, dass diese Gelder
274 schnell an die Kommunen weitergereicht werden und die Kommunen selbst entscheiden
275 können, welche der bei ihnen dringend notwendigen Investitionen sie damit angehen –
276 statt die Kommunen wieder einmal über bürokratische und unflexible Förderrichtlinien
277 zu gängeln. Die kommunalfeindliche bayerische Gestaltung der Förderrichtlinien beim
278 Ganztagsausbau, die den vollständigen Abruf der dringend benötigten Bundesgelder
279 durch die Kommunen unmöglich macht, darf nicht Schule machen!

280 Uns ist aber auch bewusst: Das Sondervermögen kann den kommunalen Investitionsstau
281 verringern, aber nicht auflösen. Auch die Kommunalmilliarde ist für eine dauerhaft
282 bessere Leistungsfähigkeit der Kommunen nicht ausreichend. Notwendig ist eine
283 grundlegende Reform der Gemeindefinanzen, die die Einnahmen der Gemeinden so erhöht,
284 dass die laufenden Ausgaben und der Investitionsbedarf gedeckt werden können. Das
285 erfordert eine Reform der Gewerbesteuer, die in ihrer aktuellen Ausgestaltung
286 Kommunen von der wirtschaftlichen Konjunktur und den Steuervermeidungsstrategien von
287 Großunternehmen abhängig macht, und außerdem Anreize für einen steuerlichen
288 Unterbietungswettbewerb der Kommunen untereinander schafft.

289 Für beste Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort ist es notwendig, dass die Kommunen über
290 die ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmittel wieder autonom verfügen dürfen, statt
291 wesentliche Teile über Zuschusstöpfe zweckgebunden zu erhalten. Dies führt viel zu
292 oft dazu, dass nicht die vor Ort beste, sondern die durch Förderbedingungen
293 beeinflusste Lösung gewählt wird. Zusätzlich schafft es einen erheblichen
294 Personalbedarf in den Kommunen dafür, alleine Förderanträge zu stellen, abzuwickeln
295 und abzurechnen. Die Prüfungen bis zur Mittelvergabe verzögern Vorhaben der Kommunen
296 unnötig, die Abrechnung erfolgt vielfach erst weit nach Projektabschluss, so dass die
297 Kommunen hohe Beträge zwischenfinanzieren müssen, teils mit erheblichen
298 Finanzierungskosten bzw. Kommunen in akuten Finanznöten – von denen es in Bayern
299 immer mehr gibt – mit der Folge, dass Kommunen Förderungen gar nicht in Anspruch
300 nehmen können, weil sie die erwartete Vorfinanzierung – mit der Bund und Land ihre
301 Haushalte entlasten – schlicht nicht leisten können. Statt Zuschusschaos bedarf es
302 daher einer ausreichenden Grundfinanzierung der Kommunen. Die Kommunen wissen in der
303 Regel selbst am besten, was vor Ort notwendig ist und wie es gestaltet werden sollte,
304 dafür braucht es keine Gängelung durch Freistaat und Bund.

305 Gleichzeitig muss die Haushaltsordnung endlich so geändert werden, dass zumindest
306 betriebswirtschaftlich rentable Investitionen der Kommunen - am besten auch
307 volkswirtschaftlich rentable - nicht durch untersagte Investitionskredite scheitern.
308 Es ist absurd, wenn Kommunen z.B. 90 Prozent Energieeinsparung durch Umstellung auf

309 LED-Straßenbeleuchtung nicht realisieren dürfen, weil die notwendige
310 Anfangsinvestition nicht genehmigt wird. Gleiches gilt für die energetische Sanierung
311 von Gebäuden, Effizienzgewinne durch Digitalisierung, New Work und vieles mehr.

312

313 7. Wir kämpfen. Damit das Land läuft.

314 Es macht einen Unterschied, wer regiert. Ob auf Bundesebene, auf Landesebene oder in
315 der Kommune. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verrichten wichtige
316 Arbeit, um das Leben der Menschen, die das Land am Laufen halten jeden Tag ein wenig
317 einfacher, gerechter und freier von Sorgen zu machen.

318 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass der Laden
319 läuft. Dafür kämpfen wir im Bundestag. Das haben wir nicht zuletzt mit den
320 Sondervermögen für Investitionen gezeigt. Wir kämpfen im Landtag. Das stellen wir
321 immer wieder unter Beweis, indem wir die nötigen Reformen für bezahlbares Wohnen,
322 eine gerechte Verkehrsreform oder die Unterstützung für den Ausbau von KiTas, Schulen
323 oder Pflegestätten einfordern. Und wir kämpfen in den Kommunen. Jeden Tag. Dort wo
324 eine Sozialdemokratin oder ein Sozialdemokrat das (Ober)Bürgermeister:innenamt
325 bekleidet, geht es voran. Wir gestalten die Kommunen für die Menschen. Darum braucht
326 es mehr rote Rathäuser. Auch dafür kämpfen wir.